

Zitate aus Hans-Werner Sinn: "Gefangen im Euro" (2014)

Politische Wahrheiten entstehen, indem hinreichend viele Politiker sie einander erzählen, bis sie selbst, die Medien und die Menschen sie glauben. Wirkliche Wahrheiten folgen aus statistischen Fakten sowie ökonomischen und naturwissenschaftlichen Gesetzen. (Seite 13)

Das gilt auch für den Euro und die Eurorettungspolitik. Je länger diese Politik versucht, die Gesetze der Ökonomie zu ignorieren - und das tut sie derzeit immer noch - desto mehr müssen künftige Generationen dafür bezahlen. (Seite 16)

Wir befinden uns inmitten einer riesigen Rettungskaskade, bei der die Steuerzahler und Rentner der noch vergleichsweise gesunden Euroländer immer mehr in die Pflicht genommen werden, ohne dass sie es heute schon merken. Sie merken es erst später, wenn sie ihre Rente haben wollen und das Geld entweder gar nicht mehr da ist oder zum Schließen der Finanzlücken des Staates gebraucht wird. (Seite 46)

Der EZB-Rat ist ein technokratisches Gremium, in dem Deutschland mit einer Stimme ... grundsätzlich so viel zu sagen hat wie Malta und Zypern, obwohl es neunzig Mal so viele Bürger hat wie diese beiden Staaten zusammen. Man fragt sich, wie Deutschland solchen Stimmgewichten hat zustimmen können ... (Seite 47)

Es ist absurd, ökonomisch katastrophal und leider Fakt: Jedes Land kann im Rahmen des EZB-Systems so viel neues Geld schaffen, wie es will, und damit seine Auslandsrechnungen bezahlen. (Seite 48)

Im Artikel 38 des Grundgesetzes heißt es, die Abgeordneten seien »Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen«

Davon merken die Wähler nicht viel. Parteien wollen gewinnen. Und die Belohnung für parteikonformes Verhalten besteht in der Regel darin, dass man für die nächste Legislaturperiode wieder aufgestellt wird, wenn nicht gar einen lukrativen Posten irgendwo in der Regierung erhält. ... Der Artikel 38 des Grundgesetzes gilt also in der Praxis nicht viel. (Seite 58)

Das Europa, auf das wir hinsteuern - ja eigentlich schon das Europa, das wir haben -, ist ein anderes als das, was wir gewollt haben. Wir haben ein zentralplanerisches System geschaffen, in dem das Kapital durch zwei Organisationen, die EZB und den ESM (*Europäischer Stabilitätsmechanismus*), und unter Bedingungen, die im politischen Prozess festgelegt werden, nach Südeuropa gelenkt wird. Wohlgemerkt: im politischen Prozess, nicht im Marktprozess. Es weht ein Hauch DDR durch die Eurozone; in der DDR hatte auch das Politbüro darüber zu entscheiden welche Sektoren der Wirtschaft in welchem Umfang am »Produktionsfonds«, so nannte man das Kapital damals, zu beteiligen waren und welche »Produktionsfondsabgabe«, so nannte man den Zins, sie dafür zu zahlen hatten. (Seite 105-106)

Als viel problematischer für die Zukunft Europas könnte sich erweisen, dass sich der Rat der EZB, der ohne demokratische Kontrolle und in vollständiger Unabhängigkeit über erhebliche Teile des Vermögens der Europäer verfügen kann, in der Krise als der wahre Hegemon Europas etabliert hat. (Seite 107)

Es ist absurd, wenn selbst seriöse Medien in Deutschland - meist aus Unkenntnis um die relevanten Zusammenhänge - die Beruhigung der Kapitalmärkte beklatschen, die allein dadurch entstanden ist, dass die Steuerzahler - nämlich wir - die Rückzahlung der Kredite der Schuldenländer garantieren müssen, ohne dass sie oder ihre Parlamente jemals gefragt wurden, ob sie bereit sind, das zu tun. (Seite 117)

Das alles geht zulasten künftiger Generationen. Die Politiker tun das unseren Kindern an, weil unsere Kinder noch nicht wählen können. Wie schön, dass es eine Gruppe von Bürgern gibt, die man nach Belieben belasten kann, ohne dass man um ihre Stimmen bei der nächsten Bundestagswahl fürchten muss. (Seite 119)